

Antrag

des Abg. Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

Prävention und Maßnahmen bei Schulabsentismus

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie die Tatsache, wonach einer Umfrage des Berufsschullehrerverbands (BLV) zufolge rund 90 Prozent der befragten Schulen angaben, dass mindestens ein Drittel der Schülerinnen und Schüler häufig fehle und etwa 40 Prozent der befragten Schulen angaben, dass nur die Hälfte der Schülerinnen und Schüler regelmäßig zum Unterricht komme, bewertet;
2. resultierend aus Ziffer 1, welche Maßnahmen sie vor dem Hintergrund des laut der BLV-Umfrage zunehmenden Schulabsentismus und der Feststellung des BLV, wonach Schulabsentismus „zum größten Problem“ in gewissen Schularten geworden sei, zu ergreifen gedenkt;
3. weshalb angesichts der Tragweite und der steigenden Zahlen von Schulabsentismus keine entsprechenden Daten erhoben werden bzw. mit Verweis auf die bereits bestehenden Belastungen vielfältiger Berichtspflichten der Schulleitungen (siehe Drucksache 17/6804) keine Evaluation sämtlicher Berichtspflichten durchgeführt, zugunsten relevanter Daten priorisiert und ggf. eine bürokratiearme Datenerhebung bzgl. Schulabsentismus ermöglicht wird, da ohne Datenerhebung kein aussagekräftiges Gesamtbild gezeichnet und entsprechende (politische) Maßnahmen hieraus abgeleitet werden können;
4. resultierend aus Ziffer 3, weshalb aufgrund der für die Schulleitungen bereits bestehenden umfangreichen Berichtspflichten und Verwaltungstätigkeiten keine weiteren Möglichkeiten zur Einstellung von zusätzlichen Verwaltungskräften geschaffen und Schulleitungen und Lehrkräfte damit von nicht-pädagogischen Aufgaben entlastet werden, um sich vermehrt pädagogischen Herausforderungen wie z. B. Schulabsentismus widmen zu können;
5. ob ihr die Debatte bzw. der Vorschlag bezüglich Schulabsentismus in der Schweiz bekannt ist, wonach jeder von Prüfungen ausgeschlossen werden soll, der nicht mindestens 80 Prozent des Unterrichts besucht hat (abgesehen von definierten Ausnahmen bei Krankheit etc.) und wie sie diesen Vorschlag mit Blick auf Baden-Württemberg bewertet;
6. inwiefern ein Ausbau der Schulpsychologischen Beratungsstellen mit dem Schwerpunkt Schulverweigerung bzw. Schulabsentismus geplant ist;
7. wie sich der weitere Ausbau bzw. die künftige Förderung der Schulsozialarbeit (Anzahl der Fachkräfte, Beschäftigungsumfang, entsprechende Vollzeitäquivalente) in den nächsten Jahren gestalten wird;
8. weshalb sie den Fokus beim Thema Schulabsentismus lediglich auf Prävention richtet, jedoch keine Unterstützung oder Förderung für Projekte zur Wiedereingliederung zur Verfügung stellt;
9. welche Präventionsmaßnahmen bzgl. Schulabsentismus sie organisatorisch, finanziell und personell in den letzten fünf Jahren unterstützt hat und wie sie deren Erfolg bewertet;
10. inwiefern eine engere Vernetzung der Angebote der Jugendhilfe mit den Schulen geplant ist, um die Schulen zu entlasten und besser zu unterstützen;

11. ob geplant ist, die Rahmenbedingungen (hinsichtlich formaler Hürden, organisatorischer Freiheit und fachlicher Unterstützung der Schulen) für spezielle Schulangebote zur Wiedereingliederung bei Schulabsentismus anzupassen und diese leichter zu ermöglichen;
12. resultierend aus Ziffer 11, inwieweit Planungen, konkrete Vorhaben oder zumindest Modellprojekte für die Schaffung von speziellen Wiedereingliederungsklassen bei Schulabsentismus existieren;
13. wie sie Angebote und Projekte wie „Das andere Schulzimmer“ oder Programme wie „mylife“ inhaltlich sowie hinsichtlich der Schulpflicht rechtlich (aktuell liegt es im jeweiligen Ermessen der Schulleitung, ob Angebote wie „Das andere Schulzimmer“ akzeptiert und wahrgenommen werden können), bewertet;
14. resultierend aus Ziffer 11 und Ziffer 13, inwieweit geplant ist, die rechtlichen Gegebenheiten dergestalt anzupassen, dass ein Besuch obiger genannter Projekte und Angebote für Kinder und Jugendliche, die Unterstützung beim Schulbesuch aufgrund Schulabsentismus benötigen, einfacher und rechtlich einwandfrei möglich sein wird;
15. welche weiteren Maßnahmen sie bezüglich Schulabsentismus zu ergreifen gedenkt.

23.6.2025

Dr. Kern, Birnstock, Fink-Trauschel, Dr. Rülke, Haußmann, Goll, Weinmann, Bonath, Brauer, Fischer, Haag, Hoher, Dr. Jung, Reith, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

In einer Umfrage des Berufsschullehrerverbandes gaben rund 90 Prozent der befragten Schulen an, dass mindestens ein Drittel ihrer Schülerinnen und Schüler häufig fehle und etwa 40 Prozent der befragten Schulen gaben an, dass lediglich die Hälfte ihrer Schülerinnen und Schüler regelmäßig zum Unterricht komme. Zahlreiche negative kurz- und langfristige Konsequenzen schulabstinenten Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen – auf individueller als auch gesellschaftlicher Ebene – lassen es notwendig und dringlich erscheinen, mit passgenauen Interventionen dem Schulabsentismus erfolgreich zu begegnen. Hierzu müssen allerdings auch gesicherte Daten zur Verfügung stehen, um einerseits einen verlässlichen Blick auf die aktuelle Lage zu haben, andererseits aber auch, um die Wirksamkeit bestehender oder künftiger Maßnahmen feststellen zu können. Der vorliegende Antrag soll folglich die aktuelle Lage sowie etwaige Maßnahmen der Landesregierung zur Eindämmung und Prävention von Schulabsentismus beleuchten.